Dr. Johannes Knollmeyer – stellv. Vorsitzender der Fraktion HDE/BAVC

Der Bundesregierung fehlt jegliche Verlässlichkeit in der Sozialpolitik. Damit nimmt sie das Erstarken der politischen Ränder in Kauf. Verteilungskämpfe um die begrenzten Steuermittel verschärfen sich. Die zweimalige Absenkung der Kraftstoffpreise mit Steuergeldern war der Bundesregierung wichtiger als die Begleichung der Altschulden in der Kranken- und Pflegeversicherung. GKV-Versicherte und Ihre Arbeitgeber sind die Leidtragenden.

Das Ziel der anstehenden und bereits umgesetzten Gesetzesvorhaben der Kranken- , Pflege- und Rentenversicherung war es, die Lohnnebenkosten zu stabilisieren und in einem weiteren Zuge durch strukturelle Reformen abzusenken und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Stattdessen wurden weitere Kostensteigerungen gesetzlich programmiert und zusätzliche Belastungen besonders für Selbständige und Freiberufler durch deutliche Anhebungen der Beitragssatzbemessungsgrenzen gesetzlich fixiert. Anhebungen der Beitragssatzbemessungsgrenzen ziehen Abwanderungen in die private Kranken- und Pflegeversicherung nach sich und schwächen damit die Solidargemeinschaft der GKV-Versicherten. Aus den heute präsentierten Zahlen der Entwicklung der Mitglieder in der GKV ist schon ein Verlust von Versicherten erkennbar. Die Mahnungen der Finanzkommission hinsichtlich der negativen Wirkungen der starken Anhebung der Beitragssatzbemessungsgrenzen werden offenkundig Realität.

Die Verbeitragung von Einkünften aus Minijobs, die Änderung der beitragsfreien Mitversicherung, sowie die Absenkung des Bundeszuschusses tragen mit dem Jahreswechsel zu steigenden Arbeitskosten bei. Dem Ausgabenproblem begegnet die Bundesregierung mit steigenden Beitragseinnahmen und unter Inkaufnahme von steigenden Transaktionskosten. Der Mittelstand wird über das Maß des Zumutbaren hinaus belastet und das ursprüngliche politische Ziel der Begrenzung der Lohnnebenkosten wird deutlich verfehlt.

Gleichzeitig kündigen Leistungserbringer Verlängerungen der Wartezeiten für den Zugang zu medizinischen Leistungen an. Das alles ist Gift für den Industriestandort Deutschland. Als Arbeitgeber fordern wir, dass Mitarbeiter zeitnah zum Krankheitsbeginn eine korrekte medizinische Diagnose erhalten und dass unverzüglich eine wirksame Behandlung eingeleitet wird. Jeder Tag Verzögerung beinhaltet das Risiko der Aggravation und die vermeidbare Verlängerung krankheitsbedingter Arbeitsunfähigkeiten. Telemedizinische Angebote können dabei helfen, die Inanspruchnahme medizinischer Einrichtungen besser als bisher zu steuern.

Das GKV-Beitragsentlastungsgesetz ist lediglich eine Sofortmaßnahme zur Vermeidung weiterer Beitragssatzanhebungen. Kranken- und Pflegeversicherung müssen zunächst auf hohem Kostenniveau stabilisiert werden. Besonders schwierig ist die Lage in der Pflegeversicherung.

Jetzt werden die Weichen für die Zukunft gestellt. Wir fordern, dass vorrangig das Darlehen des Bundes zurückgezahlt wird und die dann noch bestehende Deckungslücke nachrangig durch Anpassungen der Bemessungsgrenze und ggfs. die Erhöhung der Beitragssätze geschlossen wird.

Die vorhandenen Ineffizienzen müssen dringend angegangen werden. Wir fordern vom neuen Bundesgesundheitsminister die konsequente Anwendung seiner umfassenden Kenntnisse als Betriebs- und Volkswirt. Stärken Sie die Unternehmen am Wirtschaftsstandort Deutschland im härter werdenden internationalen Wettbewerb durch die Begrenzung der Ausgaben. Sie haben die Chance, zentrale Säulen des Sozialstaats durch mutige

Strukturreformen wieder in Ordnung zu bringen. Minister Linnemann nutzen Sie diese Chance. Auf die Unterstützung der Arbeitgeber auf diesem steinigen Weg können Sie sich verlassen.